

# Sachsenzeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die Sachsenzeitung erscheint täglich nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in den Reichsteilen und Auslandsteilen 2.— Mark im Voraus, bei Zustellung durch die Boten 2.30 Mark, bei Postbestellung gebühren. Einzelnummern 16 Pfennig. Sonstige Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis vormittags 10 Uhr. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die Sachsenzeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Roffen u. a.

Nr. 146 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch den 25. Juni 1924

## Die englisch-französische Einigung.

Das wichtigste Ergebnis der Reise des neuen französischen Ministerpräsidenten Herriot zu seinem englischen Kollegen Macdonald ist der Beschluß, Mitte Juli eine Konferenz nach London einzuberufen, zu der die anderen Alliierten eingeladen werden sollen, um endgültig das Verfahren für die Anwendung des Dawes-Planes festzusetzen, wie es in der amtlichen englischen Erklärung heißt.

Man möchte mit „Haft“ sprechen: „Hier steck ich schon“. Denn es ist doch nicht so ganz unwesentlich, für uns Deutsche wenigstens, ob Deutschland an dieser Konferenz teilnehmen wird oder nicht. Darüber ist aber mir ganz Unbestimmtes gesagt. Die englische Erklärung spricht sich darüber gar nicht aus, und in der sehr viel ausführlicheren französischen wird ausgeführt, daß über diesen Punkt endgültige Beschlüsse nicht gefaßt seien, darüber werde man erst noch einen „Gedankenanstausch“ zwischen London, Paris, Brüssel und Rom einleiten. Verschiebert wird angedeutet, daß man die Einladung an Deutschland davon abhängig machen will, daß die für die Durchführung des Dawes-Vertrages notwendigen deutschen Schritte so wesentliche Fortschritte in ihrer Verrichtung im Reichstage machen, daß sich die Ministerpräsidenten über das Maß des von Deutschland behandelten guten Willens ein Urteil bilden können. Der Londoner „Daily Telegraph“ hält diese Einladung für notwendig, weil man ja Deutschlands Zustimmung brauche für jene Bestimmungen des Dawes-Planes, die dem Friedensvertrag von Versailles entgegenstehen oder über ihn hinausgehen. Also eine Art Protokoll wie in Spa, wozu man ja auch deutsche Vertreter hinzugezogen hätte; als sich diese allerdings ein Wort der Kritik erlaubten, wurde Lloyd George wild.

Unklar bleibt auch, was die beiden Ministerpräsidenten in der Frage der „wirtschaftlichen Sicherungen“ ausgemacht haben. Diese sollen von zweierlei Art sein: erstens die sogenannten „wirtschaftlichen Garantien“ für die Ausführung des Dawes-Vertrages durch Deutschland, und zweitens die allgemein-politische „Sicherung“ Frankreichs Deutschland gegenüber, die mit der Frage der Militärkontrolle aufs engste zusammenhängt. Um das letztere vorweg zu nehmen, so mag der „Main“ recht haben, daß die Vorschlagskonferenz an der Forderung einer militärischen Bestandsaufnahme in Deutschland selbst und die restlos durchgeführte wissen will, und zwar so schnell, daß Macdonald und Herriot, die im September zur Eröffnung der Wienerkonferenz des Völkerbundes nach Genf gehen wollen, dort die „endgültige deutsche Abrüstung“ verkünden und dann dem Problem einer allgemeinen Rüstungseinschränkung zu Leibe gehen können. Weit schwieriger aber ist die Behandlung der „wirtschaftlichen Garantien“ gewesen, also der Frage, was geschehen soll, wenn Deutschland die Bestimmungen des Dawes-Vertrages nicht „loyal“ erfüllt. Die Zeitungen wollen von einer Zusage Macdonalds wissen, daß in einem solchen Falle „Großbritannien wie während des Krieges an der Seite seiner Alliierten stehen werde. Abriegen nur im Falle „festgestellter“ Verfehlungen Deutschlands. Aber gerade über diese „festgestellten“ haben wir ja reichlich trübe Erfahrungen; denn bei solchen Feststellungsfragen sind ja die Kläger immer gleichzeitig auch die Richter gewesen.

Herriot scheint nun um den Preis eines intimen englisch-französischen Zusammengehens — eine besondere amtliche Erklärung spricht von einem „pact moral“, also einer moralischen Übereinkunft — die militärische Befestigung des Ruhrgebietes ausgeben zu wollen, sobald der Dawes-Plan in Wirksamkeit tritt. Wenigstens behauptet das der „Daily Telegraph“, während die amtlichen Mitteilungen sich darüber völlig ausschweigen. Besonders wichtig aber erscheint, daß man — was auch die Äußerungen der Pariser Presse beweisen — völlig im unklaren ist, wann dieser Zeitpunkt denn überhaupt da ist, von dem der Beginn der militärischen und wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes datieren würde. Wenn alles wunschgemäß geht, so würde die Räumung in etwa sechs Monaten erfolgen.

Was sich in Chequers aber vor allem angebahnt hat, das ist ein allererstes Zusammenarbeiten Frankreichs und Englands auf dem Kontinent. Die schroffe Art eines Poincaré erzwang zwar die Gefolgschaft Englands, aber sie war oft nicht ganz freiwillig. Herriot ist nachgiebiger gewesen und hat manches zugestanden, was Poincaré in diplomatisch geschickt formulierten Notizen verweigerte.

Allerdings hat er nichts Wesentliches eingeräumt und er kann zufrieden sein mit diesem Pseudodominium Englands und Frankreichs auf dem Festlande. Denn die Zustimmung zum Dawes-Plan schaltet den letzten deutschen Widerstand gegen die „Verseipelung“ Deutschlands, wie man das nach österreichischem Muster nennen kann, also gegen unsere wirtschaftlich-finanzielle Internationalisierung aus und macht uns zu Objekten jener gemeinsamen englisch-französischen Herrschaft. Und der Völkerbund, den man dazu als Werkzeug benutzt, weil er ja auch nur ein solches Objekt ist, wird die Kulisse sein, hinter der die wirklichen politischen Kräfte das Spiel der Puppen lenken werden. Wir werden dann wahrscheinlich zu tanzen haben, wie an den Säulen des Dawes-Berichtes gezogen wird.

## An die Industrie und Wirtschaft.

### Eine Rede des Reichspräsidenten.

Kredit und Sachverständigenrat  
Dresden, 23. Juni.

Der Reichspräsident, der zur Besichtigung der neuen Textilindustrie gewidmeten Jahresfeier deutscher Arbeit hier eingetroffen ist, hielt bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Frühstück eine bedeutsame Ansprache, in der er darauf hinwies, daß die deutsche, im besonderen die sächsische Textilindustrie in der Erzeugung hochqualifizierter Arbeit wertvolle Fortschritte erreicht hat. Sie behande damit den festen Willen, durch gute deutsche Erzeugnisse wieder volle Geltung auf dem Weltmarkt zu erringen. Dieser Wille, den deutschen Export zu steigern, sei lebhaft zu begrüßen, denn die für die deutsche Wirtschaft so lebenswichtige Kreditfrage sei zum erheblichen Teil eine Exportfrage. Mit der Verbreiterung der Exportbasis werde sich auch die Zuführung ausländischer Kredite steigern.

„Das Ziel der Belebung unseres industriellen und gewerblichen Lebens werden wir“, so erklärte der Reichspräsident weiter, „nur erreichen können durch die Entfaltung unserer Kräfte im Innern und nach außen so schwer benennenden internationalen Schwierigkeiten, durch die Öffnung des Weges zum ungehinderten Warenaustausch mit den anderen Völkern und zum

gleichberechtigten freien internationalen Wirtschaftsverkehr. Die Reichsregierung und der Reichstag sehen trotz Bedenken gegenüber Einzelheiten in dem Sachverständigenratgutachten die Grundlage einer Lösung, die neben der Befreiung der inneren Wirtschaft von trüben Schranken, neben der Herstellung der Wirtschaftsfreiheit unserer nach Ausfuhr drängenden Industrie, den Weg ins Freie geben kann. Nur in dieser Erwartung können wir es wagen, die großen Lasten zu tragen, die die Durchführung dieses Gutachtens uns allen auferlegen wird.“

Der Reichspräsident erörterte dann die Bedeutung der Wirtschaft, die eines der Fundamente des staatlichen und nationalen Lebens bilde, aber nicht Selbstzweck sei. Sie sei vielmehr mit allen anderen schaffenden Kräften eng verflochten und damit abhängig vom Gedeihen oder Wohlergehen der Nation. Deshalb müsse auch die Wirtschaft vom Gedanken der Schicksalsgemeinschaft befeuert sein. Stärker als alle wirtschaftlichen und politischen Gegensätze müsse in allen das Bewußtsein leben, Glieder eines Volkes zu sein. Nur so könne das deutsche Volk den harten Weg der Zukunft mit Erfolg gehen. Im Vertrauen auf die Zukunft des deutschen Volkes und seine Aufgabe in der Welt schloß der Reichspräsident mit einem von der Versammlung begeistert aufgenommenen: „Hoch Sachsen! Hoch Deutschland!“

## Reichskanzler Dr. Marx über Deutschlands Rüstungen

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsenzeitung“)

Berlin, 24. Juni. Der Berliner Vertreter des Aussenbüros besuchte den Reichskanzler Marx über die Stellungnahme der deutschen Regierung zu den in den letzten Tagen in einem Teil der französischen und auch der englischen Presse sich häufenden Alarmnachrichten über angebliche deutsche Rüstungen. Der Reichskanzler betonte unter anderem: Daß in einem großen Staate mit starken innerpolitischen Gegensätzen neben einem Heere von nur 100 000 Mann für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie für die Erledigung ablasttragender Aufgaben ein Vermehrungskörper von insgesamt 150 000 Köpfen erforderlich ist, darf jedem Unbefangenen einleuchten. Eine Gefahr für Frankreich bedeutet diese Zahl schon deshalb nicht, weil die Angehörigen dieses Verwaltungskörpers für militärische Zwecke gar nicht abkömmlich sind und weil die Polizei mit der Reichswehr nicht die leiseste organische Verbindung hat. Der körperlichen Ausbildung der Jugend in Turn- und Sportvereinen kommt heute nach der Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht gewiß eine hohe Bedeutung zu, aber lediglich unter dem Gesichtspunkte der Volksgesundheit und die deutsche Industrie ist nur heute wirklich restlos auf Friedensproduktion umgestellt.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsenzeitung“)

Berlin, 24. Juni. Der „Volksanzeiger“ berichtet: Nachdem das Reichskabinett gestern nachmittag eine Sitzung abgehalten hat, die sich im wesentlichen mit laufenden Angelegenheiten beschäftigte, fand in den Abendstunden noch eine Ministerbesprechung statt, in der der deutsche Botschafter in Paris Herr v. Hösch, der dem Außenminister bekanntlich bereits Bericht erstattet hatte, vor den Ministern des Kabinetts über die Lage in Paris und die Rückwirkungen der Konferenz von Chequers sprach. Herr v. Hösch wird voraussichtlich bereits heute abend wieder von Berlin nach Paris zurückkehren. Die Besprechungen zwischen dem Reichsaußenminister und dem Botschafter sind selbstverständlich vertraulicher Natur.

### Herriot in Brüssel.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsenzeitung“)

Paris, 24. Juni. Herriot, der gestern früh um 8,55 Uhr aus London abreiste, ist gestern nachmittag 5,45 Uhr über Ostende in Brüssel eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von dem Ministerpräsidenten Cheunis, dem Außenminister Hymans und dem Bürgermeister von Brüssel sowie einer Reihe von Senatoren und Abgeordneten empfangen. Die Menge brachte Herriot eine begeisterte Ovation dar. Herriot begab sich sofort in die französische Gesandtschaft. Um 7 Uhr wird er programmgemäß von dem König empfangen und sich später mit einer Reihe politischer belgischer Persönlichkeiten unterhalten. Die Ansprache mit Cheunis und Hymans dürfte wahrscheinlich erst heute vormittag im Ministerium des Äußereren beginnen. Vor seiner Abreise aus London hatte Herriot eine sehr lange Unterredung mit dem Londoner belgischen Botschafter Neuchavez.

### Frankreichs Entrüstung über Macdonalds Erklärung

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsenzeitung“)

Paris, 24. Juni. Die gestrige Unterhaus-Erklärung Ramsay Macdonalds wird von der Pariser Presse mit sehr gemischten Gefühlen beurteilt. Die Stelle, wo Macdonald sagt, daß gewisse Verpflichtungen, die sich für Deutschland aus dem Sachverständigenbericht ergeben, nicht den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechen, hat geradezu sensationell gewirkt. Diese Äußerung des englischen Ministerpräsidenten wird in gewissen Pariser Kreisen als ein erster Versuch aufgefaßt, eine Verichtigung des Versailler Vertrages herbeizuführen zu wollen. „Journal“ unterstreicht die Gefahr, die sich für Frankreich aus dem Standpunkte des englischen Premierministers erablt.

### Französisch-englische Kontrollnote an Deutschland.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsenzeitung“)

Paris, 24. Juni. Auf Grund der Auskünfte, die Macdonald und Herriot über die Lage in Deutschland erhalten haben, haben sie am Sonntag beschlossen, an die Reichsregierung eine gemeinsame Note zu richten, um die Ausführung der Interalliierten Militärrolle in der von der Völkervereinbarung verlangten Form zu sichern. Die Note soll bereits am Montag früh der Reichsregierung zugestellt worden sein.

### Wichtige Beschlüsse des italienischen Ministerrates.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsenzeitung“)

Paris, 24. Juni. Dem Intransigent wird aus Rom gemeldet, daß gestern nachmittag in Rom ein Ministerrat stattgefunden hat. In den Wandelgängen der Kammer erklärte man, daß im Verlaufe der Beratung beschlossen worden ist, General de Bono, den Oberkommandierenden der faschistischen Miliz vom Amte zu entfernen und ihn durch General Sara zu ersetzen. Es verläutet auch, daß auch die Umbildung des Kabinetts beschlossen wurde und man ferner die Angleichung der faschistischen Verbände an die reguläre Armee in Erwägung gezogen hat. Rossi, der frühere Direktor des Pressebüros hat sich den Behörden gestellt.

### Einzelheiten über die Kontrollnote.

Paris, 24. Juni. Die Mitteilung, daß Frankreich und England in der Frage der interalliierten Militärkontrolle eine gemeinsame neue Note an die Reichsregierung richten werde, hat Herriot gestern abend persönlich den alliierten Korrespondenten in Brüssel gemacht. Diese Note wird der deutschen Regierung zugestellt, sobald der Text den einzelnen Ministern bekanntgegeben worden ist und sie ihre Zustimmung dazu ausgebrückt haben. Der Brüsseler Korrespondent des „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß die Note entweder heute oder morgen dem Reich mitgeteilt werden wird. Nach der Übermittlung des Schriftstückes werde der Inhalt der Offenheit mitgeteilt werden.

### Offizielle Demission Smuths.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsenzeitung“)

London, 24. Juni. Aus Kapstadt wird gemeldet, daß General Smuths offiziell seine Demission erteilt hat. Der Gouverneur hat den Führer der Nationalisten Herzog mit der Kabinettsbildung beauftragt.

### Amerikas europäische Politik.

(Eigener Fernsprechkreis der „Sachsenzeitung“)

Paris, 24. Juni. Nach einer Dawes-Meldung aus Washington wird in Washington offiziell Kreisen zu der zwischen Macdonald und Herriot erfolgten Verständigung erklärt: Die amerikanische Regierung erteilt zu jeder Maßnahme ihre Zustimmung, die darauf abzielt, die Ausführung des Sachverständigenplanes zu beschleunigen.